Entschließungsantrag

der Abgeordneten Angela Lueger, Genossinnen und Genossen

betreffend größtmögliche Sicherheitsstandards und Datenschutzstandards bei Ausschreibungen für sensible Dokumente der Republik Österreich

eingebracht im Zusammenhang mit der Debatte über den Bericht des Verfassungsausschusses 546 der Beilagen über den Antrag 603 Art der Abgeordneten Mag. Wolfgang Gerstl, Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz mit den der Staatsdruckereigesetz 1996 geändert wird

Der Europäische Gerichtshof hat festgestellt, dass die Republik Österreich gegen europäisches Recht bei der Erteilung von Dienstleistungsaufträgen über die Herstellung von Reisepässen mit Chip, Notpässen, Aufenthaltstiteln, Personalausweisen, Führerscheinen im Scheckkartenformat und Zulassungsbescheinigungen im Chipkartenformat mangels vorheriger Ausschreibung auf Ebene der Europäischen Union verstoßen hat.

Es ist jedenfalls im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher sowie der Republik, dass bei der Ausschreibung von solchen Dienstleistungsaufträgen möglichst hohe Sicherheitsstandards betreffend die Fälschungssicherheit, aber auch möglichst hohe Datenschutzstandards bei den beauftragten Unternehmungen gewährleistet sind. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Entschließung

Der Nationalrat hat beschlossen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die zuständigen Bundesminister, werden aufgefordert, bei nunmehr erfolgenden Ausschreibungen betreffend die Produktion sensibler Dokumente, wie insbesondere Reisepässe mit Chip, in der Ausschreibung Bedingungen festzulegen, die garantieren, dass bei der Produktion dieser Dokumente höchste Sicherheitsstandards in punkto Fälschungssicherheit sowie höchste Datenschutzstandards bei den durchführenden Unternehmungen gegeben sein müssen. Die zuständigen Bundesminister werden ersucht, über die gesetzten Maßnahmen zeitnah dem Nationalrat zu berichten."

www.parlament.gv.at